

Stadtverwaltung Delitzsch
Rechnungsprüfungsamt

Delitzsch, 30.06.2017
14-pr

Schlussbericht
über die örtliche Prüfung
zur Feststellung
des Jahresabschlusses 2016
des Eigenbetriebes SGD

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorbemerkungen	3
1.1. Prüfungsauftrag	3
1.2. Prüfungsgrundlagen	3
1.3. Prüfungsunterlagen	3
1.4. Feststellung des Jahresabschlusses Vorjahr	3
2. Prüfungsfeststellungen	4
2.1. Wirtschaftsplan 2016	4
2.2. Zwischenbericht	4
2.3. Kassenprüfung	4
2.4. Prüfung von Vergaben nach VOL	4

1. Vorbemerkungen

1.1. Prüfungsauftrag

- Vertrag zwischen dem Eigenbetrieb SGD und der Großen Kreisstadt Delitzsch über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2016
- § 105 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

1.2. Prüfungsgrundlagen

- Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)
- Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO)
- Verordnung des SMI über das Kommunale Prüfungswesen (KomPrüfVO)

1.3. Prüfungsunterlagen

- Jahresabschluss 2016
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes SGD durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ST TREUHAND DR. LEONHARDT & KOLLEGEN
- Wirtschaftsplan 2016

1.4. Feststellung des Jahresabschlusses Vorjahr

Der Stadtrat stellte den Jahresabschluss 2015 am 22.09.2016 fest und beschloss

- den Jahresgewinn in Höhe von 70.791,18 € auf neue Rechnung vorzutragen
- der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2015 die Entlastung zu erteilen.

Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses wurde im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Delitzsch vom 04.02.2017 öffentlich bekannt gemacht.

In der ortsüblichen Bekanntgabe waren

- der Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers
- die Behandlung des Jahresgewinns

angegeben.

In der Zeit vom 06.-14.02.2017 lagen Jahresabschluss und Lagebericht öffentlich aus.

2. Prüfungsfeststellungen

2.1. Wirtschaftsplan 2016

Für jedes Wirtschaftsjahr ist vor dessen Beginn ein Wirtschaftsplan aufzustellen und vom Gemeinderat zu beschließen (§ 16 SächsEigBVO). Er besteht aus dem Erfolgsplan, dem Liquiditätsplan, der Finanzplanung und der Stellenübersicht und ist dem Haushaltsplan der Gemeinde als Anlage beizufügen.

Der Gemeinderat beschloss den Wirtschaftsplan 2016 in der öffentlichen Sitzung vom 25.02.2016. Gemäß § 76 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO ist der vom Gemeinderat beschlossene Wirtschaftsplan der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Mit Schreiben vom 08.03.2016 erhielt die Rechtsaufsichtsbehörde den Wirtschaftsplan 2016.

2.2. Zwischenbericht

Gemäß § 8 SächsEigBVO hat die Betriebsleitung den Bürgermeister und, wenn ein solcher gebildet wurde, auch den Betriebsausschuss in der Mitte des Wirtschaftsjahres über die Umsetzung des Erfolgs- und Liquiditätsplans schriftlich zu unterrichten.

Die Eigenbetriebssatzung vom 27.01.2011 fordert eine vierteljährliche Unterrichtung des Oberbürgermeisters und des Betriebsausschusses.

Für das Jahr 2016 liegen die lt. Satzung geforderten Zwischenberichte im Eigenbetrieb vor.

Die Mitglieder des Technischen Ausschusses (nehmen die Aufgaben des Betriebsausschusses wahr) werden vierteljährlich über die Umsetzung des Erfolgs- und Liquiditätsplans, die Personalentwicklung, die Investitionen und die Bilanzkonten informiert.

2.3. Kassenprüfung

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Bargeldkasse.

2.4. Prüfung von Vergaben nach VOL

Dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegte Vergaben wurden geprüft und entsprechende Hinweise gegeben.

Im Jahr 2016 erfolgte u. a. die Vergabe des Auftrages „Lieferung eines kommunalen Lkw mit Vorrüstung für den Winterdienst“ an die Fa. Henne Nutzfahrzeuge GmbH.

Die Kontrolle der Abrechnung der Leistung im Rahmen der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses ergab folgende Beanstandungen:

Die Fa. Daimler AG Woerth schickte am 31.01.2017 eine Rechnung (mit Rechnungsdatum 20.12.2016) über 51.553,18 € an die Servicegesellschaft. Lt.

Rechnung entspricht das den Kosten für das Fahrgestell. Die Rechnung enthält den Hinweis, dass die Fa. Henne Nutzfahrzeuge GmbH (der eigentliche Vertragspartner) zur Entgegennahme des Kaufpreises ermächtigt wird.

Auf dem Bilanzkonto „Anlagen im Bau“ der Servicegesellschaft wurden die Kosten in Höhe von 51.553,18 € gebucht.

Ebenfalls am 31.01.2017 schickte die Fa. Henne Nutzfahrzeuge GmbH eine Rechnung (Rechnungsdatum 31.01.2017) über 41.124,02 € an die Servicegesellschaft. Es werden die Kosten für den Pflug, Kipper und die Zweikreis-Hydraulik + Frontanbauplatte geltend gemacht.

Am 26.01.2017 erfolgte die Zulassung und am 30.01.2017 die Übergabe des Fahrzeuges mit Einweisung.

Die Rechnung der Fa. Daimler AG Woerth hätte zurück gewiesen werden müssen, da die Firma kein Vertragspartner der Servicegesellschaft ist.

Die Henne Nutzfahrzeuge GmbH war lt. Vertrag zur Komplettlieferung des Fahrzeuges einschließlich der Zusatzkomponenten verpflichtet. Eine Teilung des Auftrages war vertraglich nicht vereinbart.

Die Servicegesellschaft war im Jahr 2016 weder wirtschaftlicher noch zivilrechtlicher Eigentümer des Fahrzeuges. Die Buchungen auf den Bilanzkonten „Anlagen im Bau“ und „Verbindlichkeiten aus Lieferungen“ in Höhe von 51.553,18 € sind deshalb fehlerhaft.

Die Hinweise sind künftig zu beachten.


Preussner